

Hamm, 18.01.2008

Presseerklärung

Richterbund NRW unterstützt den Bund Deutscher Kriminalbeamter im Kampf um den Erhalt der Beförderungsstellen bei der Kriminalpolizei

Der Deutsche Richterbund NRW lehnt die Absicht von Innenminister Dr. Ingo Wolf, im Bereich der Kriminalpolizei 500 Beförderungsstellen zu streichen, entschieden ab.

Eine leistungsfähige Kriminalpolizei ist für die innere Sicherheit und einen funktionierenden Rechtsstaat unerlässlich. Dies macht auch eine gerechte Beförderungsstruktur notwendig. Wenn Kriminalpolizisten trotz bester Eignung für mehr als 10 Jahre von jeglicher Beförderung im Bereich A 12 und A 13 ausgeschlossen werden, wird dies gravierende Auswirkungen auf ihre Motivation haben. In Zeiten, in denen die Anforderungen an die Kriminalpolizei durch neue Kriminalitätsformen, eine rasante technische Entwicklung, Konfliktverteidiger und den Opferschutz immer höher werden, ist ein faktischer Beförderungsstopp das völlig falsche Zeichen.

Der Vorsitzende des DRB-NRW Jens Gnisa hierzu:

„Wer Kriminalität ernsthaft bekämpfen will braucht selten neuen Gesetze, aber immer qualifizierte und leistungsbereite Strafverfolger. Politiker, die gerade hier einen faktischen Beförderungsstopp verhängen, haben diese Zusammenhänge offensichtlich nicht verstanden. Dies lässt für die Kriminalitätsentwicklung in unserem Land Schlimmes befürchten.“

Bei weiteren Rückfragen wenden Sie sich bitte an: VPLG Jens Gnisa: 0171/3426655

Der Deutsche Richterbund - Landesverband Nordrhein-Westfalen – ist mit 2.950 Mitgliedern bei ca. 5.400 Richtern und Staatsanwälten im Land Nordrhein-Westfalen deren größter Berufsverband.